

Alles muss auf den Prüfstand

Ausschüsse diskutieren Sparvorschläge, um Steuererhöhung zu verhindern

VON ALIA SHUHAIBER

Fuldata – Es war eine intensive und teils emotionale geführte Debatte, bei der deutlich wurde, dass alles auf den Prüfstand gestellt werden muss. Denn eines ist klar, die Gemeindevertreter in Fuldata müssen unliebsame Entscheidungen treffen, wenn sie den Haushalt konsolidieren und eine massive Grundsteuererhöhung abwenden wollen.

Dass sich alle Fraktionen Gedanken gemacht haben, wie eine weitere Steuererhöhung nach 2020 verhindert werden kann, zeigte sich in der Ausschusssitzung am Mittwochabend im Fuldata-Forum. Vier Stunden lang diskutierten die Gemeindevertreter über 24 Haushaltsbegleitvorschläge. Viele Vorschläge, die gemacht wurden, sind zwar noch nicht für den Haushalt 2022 relevant. Sie zeigen aber, dass alle Fraktionen gewillt sind, Kosten einzusparen, um die seit vielen Jahren defizitären Gemeindefinanzen mittelfristig wieder auf Kurs zu bringen.

Am Ende der Sitzung gaben die Ausschussmitglieder keine Empfehlung zum Haushalt ab. Das wäre bei der Fülle der Anträge auch kaum möglich gewesen. Vor der Gemeindevertreterversammlung am kommenden Mittwoch, 16. März, wollen sich die Fraktionen noch einmal beraten und gemeinsam ausloten, welche Kompromisse sie schließen können, um den Haushalt zu beschließen. Das ist auch im



Das Waldschwimmbad in Ihringshausen ist hochdefizitär. Die Unterhaltung der Anlage kostet die Gemeinde allein in diesem Jahr etwa 500 000 Euro.

ARCHIVFOTO: AMIRA EL AHI

Interesse der Verwaltung. Bürgermeister Karsten Schreiber (CDU) warb für den Beschluss, damit die Gemeinde insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen durch den Krieg in der Ukraine handlungsfähig bleibt.

Den Haushaltsentwurf hatte die Verwaltung bereits im September aufgestellt. Mittlerweile sieht es auf der Einnahmenseite der Kommune nicht mehr ganz so prekär aus, „weil die Gewerbesteuer höher ausgefallen ist“, erklärte Schreiber. Ursprünglich hatte die Verwaltung mit einer Grundsteuererhöhung auf 970 Prozentpunkte kalkuliert. Durch die Mehreinnah-

men von rund 880 000 Euro Gewerbesteuer könne die Grundsteuererhöhung um 105 auf 795 Prozentpunkte reduziert werden. Wenn es gelingt, weitere 415 000 Euro in diesem Jahr einzusparen, dann könnte die Erhöhung vermieden werden. Das ist allerdings nur über eine Ausgabenreduzierung bei den Sach- und Dienstleistungen möglich. Dazu legten die Fraktionen drei konkurrierende Anträge mit verschiedenen Ansätzen vor. Die Grünen schlugen Einsparungen von 300 000 Euro vor, um die „Grundsteuererhöhung um 75 Prozentpunkte zu senken“, wie André Ackermann

erläuterte. Die SPD schlug eine generelle Kürzung von 15 Prozent mit Ausnahme des Teilhaushalts Kinder, Jugend- und Seniorenarbeit, vor. Damit könnten rund 887 000 Euro eingespart werden. „Eine Erhöhung der Grundsteuer B können wir nicht mittragen“, sagte Antje Kühn. Ganz ähnlich sah der Antrag der FDP-FW-Fraktion aus. Thorsten Röder schlug eine generelle Kürzung von 10 Prozent vor (591 000 Euro). Die CDU sprach sich indes gegen pauschale Kürzungen aus, zeigte sich aber bereit, „eine politische Brücke zu bauen“, wie es Tore Florin formulierte. Seine Fraktion würde einen

gemeinsamen Antrag grundsätzlich mittragen, wenn eine Steuererhöhung dadurch abgewendet werden könnte.

Die Verwaltung schlug außerdem vor, die Vereinsförderung (25 250 Euro) in diesem Jahr auszusetzen. Ein konkurrierender Antrag der CDU sieht indes vor, die Förderung solange auf 50 Prozent zu reduzieren, bis die Gemeindevertreter etwas anderes beschließen.

Die SPD könnte sich außerdem vorstellen, geplante Investitionen zum Beispiel beim Brandschutz und den Gemeindestraßen zu verschieben, um Tilgungsleistungen und Abschreibungen zu reduzieren. Das Streichen der Ausgaben für den Weihnachtsmarkt samt Weihnachtsbaum hatte die FDP-FW-Fraktion zur Diskussion gestellt. Das führte jedoch zu Widerstand in den anderen Fraktionen.

Sehr emotional wurde es bei der Diskussion um die Zukunft der Dorfgemeinschaftshäuser. Den Stopp weiterer Sanierungen in den DGHs und der Märchemühle und eine Neukalkulation der Gebühren forderte die FDP-FW-Fraktion. Die CDU schlug vor, die DGHs in Rothwesten und Knickhagen zu schließen. Das wiederum konnte sich die SPD ebenso wenig vorstellen, wie den Vorstoß der CDU, über eine Schließung des Waldschwimmbads in diesem Sommer zu diskutieren. Unterm Strich machten die Christdemokraten die härtesten Sparvorschläge.